

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 13/2013

13. August 2013

SPD-Pressekonferenz zur Verbesserung der Situation für Polizeibeschäftigte im Ballungsraum München.

MdL Harald Schneider und MdL Prof. Dr. Peter Paul Gantzer luden zusammen mit dem GdP-Bezirk Bundespolizei und dessen Vorsitzenden Jupp Scheuring zu einer Pressekonferenz in den Landtag ein. Dabei ging es darum, die Situation der Polizeibeschäftigten im Ballungsraum München darzustellen und für Abhilfe zu sorgen, weshalb auch Stv. Landesvorsitzender Peter Schall für die bayerischen Polizisten/-innen deren Lage erläuterte. Hauptproblem sind die hohen

Wohnungskosten bei einer sich absehbar noch weiter verschärfenden Wohnsituation in München. Die hohen Mieten können sich die mittleren Polizeivollzugsbeamten und insbesondere auch die Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten der Polizei, egal ob nun von Bundes- oder Landespolizei einfach nicht mehr leisten. Während der Freistaat Bayern für seine Beschäftigten eine, wenn auch sehr bescheidene Ballungsraumzulage

von 75 Euro gewähre und in gewissem Umfang auch Staatsbedienstetenwohnungen anbieten könne, habe sich der Bund völlig aus der Wohnungsfürsorge zurückgezogen und gewähre auch keinerlei Ausgleich für die hohen Lebenshaltungskosten in München. Beide Polizeiverbände können die Sicherheitslage am Flughafen München und im gesamten MVV-Bereich nur gewährleisten, indem junge Beamte nach München zwangsverpflichtet werden. Während es in Bayern um Entfernungen bis zu 350 km geht, seien bei der Bundespolizei Abordnungen und Zwangsversetzungen aus ganz Deutschland notwendig, um den Dienstbetrieb im Bereich

der Bahnpolizei sowie am Flughafen aufrecht zu erhalten, so Jupp Scheuring. Sowohl er als auch Peter Schall forderten ihre jeweiligen Dienstherrn auf, entsprechend günstigen Wohnraum für junge Polizisten/-innen zur Verfügung zu stellen. Peter Schall forderte für die GdP Bayern zudem, die Ballungsraumzulage zumindest auf den Stand der Landeshauptstadt München (125 Euro) anzuheben und diese auch insbesondere auf den laut Statistischem Bundesamt teuersten Landkreis in

Deutschland, nämlich den Landkreis Starnberg, auszuweiten.

Solange der Dienst im Großraum München für den betroffenen Beschäftigten der Polizei so teuer wie derzeit ist, brauche sich niemand zu wundern, wenn die Betroffenen alles daran setzen, so schnell als möglich wieder weg von München zu kommen. Dass dies auch zu Lasten der betroffenen Dienststellen (stark erhöhter Ausbildungsbedarf) und letztlich auch zu Lasten der Bevölkerung gehe, sei auch eine



Das Foto zeigt die Kollegen Personalräte der Bundespolizei mit ihrem Vorsitzenden Jupp Scheuring (Mitte vorn) sowie GdP-Ehrenmitglied Harald Schneider und Stv. LV Peter Schall.

Problematik, die es seitens des Dienstherrn zu lösen gelte. Zu dieser Problematik wird daher auch in Kürze ein Gespräch mit dem neuen Münchner Präsidenten, Herrn Hubertus Andrä, und dem Landesvorstand der GdP stattfinden. Außerdem vereinbarten GdP Bundespolizei und GdP Bayern hier eine Zusammenarbeit, um die berechtigte Forderung nach Ausgleichsmaßnahmen in die Politik zu bringen. Letztlich muss auch Bayern Druck auf den Bund ausüben, hier in München günstigen Wohnraum zu fördern, was letztlich auch zu einer Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes beitragen würde, so Jupp Scheuring. (PSch)

Umfrage der GdP Bayern zu GPS und Videoaufzeichnungen

Aufgrund der öffentlichen Diskussion um angebliche Polizeigewalt mehren sich Stimmen aus dem Kollegenkreis, die eine



Foto: w.r.wagner - pixelio.de

Videoüberwachung im Wachraum, im Haftraum oder vor bzw. im Streifenwagen als sinnvoll erachten, um sich von unberechtigten Vorwürfen zu entlasten. Es ist ein heikles Thema, weshalb wir Euch um Eure Meinung gefragt haben.

Zum Schutz vor Manipulation ist die Umfrage mit insgesamt 5 Fragen nur im Log-In geschützten Mitgliederbereich zugänglich.

Bislang gibt es interessante Zwischenergebnisse, die als Anhalt für den Landesvorstand eine wichtige Information darstellen:

Für eine Videoüberwachung plädieren rund drei Viertel der Kollegen/-innen, allerdings nur 25,5 Prozent wollen eine ständige Aufzeichnung des Geschehens im Wachraum, rund 50 % wollen aber bei Bedarf eine Möglichkeit zur Aufzeichnung, während rund 23 % diese generell ablehnen. Im Haftraum wollen rund 57 % eine ständige und rund 34 % eine bedarfsweise Aufzeichnung, während hier nur 10 % eine solche ablehnen. Beim Geschehen im Streifenwagen wollen nur 22 % eine ständige Videoaufzeichnung, während 78 % dies ablehnen – allerdings eine Aufzeichnung der Kontrolle vor dem Streifenwagen favorisieren rund 68 %, der Rest lehnt dankend ab.

Nahezu ausgewogen die Meinung zu einem ständigen GPS-Signal, wie es mit Einführung des Digitalfunks beabsichtigt ist: Gut 52 % sind dafür, der Rest lehnt trotz des damit verbundenen Gewinns bei der Eigensicherung durch ggf. schnelles Heranführen von Unterstützungskräften ab.

Die GdP lädt alle, die sich bislang nicht beteiligt haben, ausdrücklich nochmals zur Teilnahme an der Umfrage ein. Ihr findet den Knopf „Aktuelle Umfrage“ auf der Landesseite www.gdpbayern.de unter dem ersten Reiter „GdP Bayern“.

Die GdP bei der Bezirkstagswahl 2013

Andreas Hänjes, GdP-Funktionsträger KG Erlangen

Andreas Hänjes stellt sich auf Platz 16 der SPD Liste für den mittelfränkischen Bezirkstag zur Wahl. Er ist Ermittler mit dem Schwerpunkt Häusliche Gewalt in der Polizeiinspektion Höchstadt an der Aisch. Seit einigen Jahren ist er Protokollführer in der GdP Kreisgruppe Erlangen und war vor der Verwaltungsreform Mitglied des örtlichen Personalrates. Jetzt ist er Stellvertreter im „örtlichen Personalrat“ von Mittelfranken. Seit 2005 ist er der stellvertretende Sprecher des Arbeitskreises Polizei in der SPD Mittelfranken.

„Im Bezirkstag will ich versuchen, auf jeden Fall Einfluss darauf zu nehmen, dass die politische Bildung durch garantierte Unterrichtseinheiten oder zusätzliche Projekte verbessert wird. Damit, wie in der jüngsten Vergangenheit sehr oft geschehen, die jungen Erwachsenen ihrem Unmut an politischen Entscheidungen oder Situationen nicht mit einer absichtlichen Eskalation mit den eingesetzten Polizeikräften bei Großveranstaltungen Nachdruck verleihen.“



Glossar: Bezirkstag

Zeitgleich zur Landtagswahl am 15. September 2013 finden in Bayern auch die Bezirkstagswahlen statt. Der Bezirkstag ist das vom Volk gewählte Gremium der Bezirke, die parallel zu den in Bayern existierenden sieben Regierungsbezirken bestehen (Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken). Jeder Bezirkstag hat dabei so viele Mitglieder, wie der Bezirk Abgeordnete im Bayerischen Landtag hat. Die Zahl der Bezirksräte liegt derzeit zwischen 17 (Oberpfalz, Oberfranken) und 57 (Oberbayern). Die Tätigkeit des Bezirksrats ist ehrenamtlich.

Der Bezirkstag ist neben dem Stadtrat (Gemeinde, Stadt) und dem Kreistag (Landkreis) die dritte kommunale Selbstverwaltungsebene, die mit Aufgaben betraut ist, die die beiden anderen nicht entsprechend wahrnehmen können. Die Bezirke schaffen öffentliche Einrichtungen, die für das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Wohl der Bevölkerung notwendig sind. So sind sie zum Beispiel Träger psychiatrischer und neurologischer Fachkrankenhäuser, von Spezialkliniken, Fach- und Sonderschulen und Freilichtmuseen. Ferner sind sie überörtliche Sozialhilfeträger.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann stellt Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2013 vor

Pressemeldung des bayer. Staatsministerium des Innern vom 9.8.2013

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus stand im Mittelpunkt der Aktivitäten des Verfassungsschutzes im vergangenen Halbjahr 2013. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sagte bei der Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen in München, dass die Neonaziszene in Bayern insbesondere mit Beginn des NSU-Prozesses ihre Aktivitäten nochmal verstärkt habe. Mit der Zeit häuften sich besonders in München verschiedene Sachbeschädigungsdelikte, bei denen nach derzeitigem Stand von einem rechtsextremistischen Hintergrund auszugehen ist. Herrmann: „Die Bayerische Staatsregierung geht konsequent unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten gegen rechtsextremistische Umtriebe vor und beobachtet die neuen Entwicklungen sehr aufmerksam.“ Personell und organisatorisch habe man den Verfassungsschutz im Landesamt und im Innenministerium seit August des vergangenen Jahres noch einmal deutlich in Sachen Rechtsextremismus verstärkt.

Spürbar verunsichert sei die Szene andererseits nach den Durchsuchungen am 10. Juli 2013 bei insgesamt 73 Objekten im Zusammenhang mit vereinsrechtlichen Ermittlungen gegen das Freie Netz Süd, das größte Neonazinetzwerk in Bayern. Herrmann: „Dass unsere Aktion die meisten führenden bayerischen Neonazis umfasste, zeigt bereits, welche Bedeutung das Freie Netz Süd in dieser Szene mittlerweile hat. Wenn das Beweismaterial ausreichend belastbar ist, werden wir das Freie Netz Süd verbieten.“ Herrmann berichtete, dass im Zuge der Maßnahmen umfangreiches Beweismaterial sichergestellt werden konnte, insbesondere eine große Zahl elektronischer Datenträger, darunter 77 Personal Computer, 51 externe Festplatten, 86 USB-Sticks, 45 Speicherkarten, 138 Handys sowie etwa 4.000 CD und DVD. Die Auswertung der beschlagnahmten Gegenstände und gesicherten Daten werde noch eine Weile dauern. Das Verfahren gegen das Freie Netz Süd zeige aber auch, dass die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei in Bayern sehr gut sei.

Die NPD findet nach den Erkenntnissen der Verfassungsschützer in Bayern nur wenig Rückhalt. Die Zahl ihrer Unterstützer für die Wahlen zum Landtag und für die Bezirkstage sei dramatisch eingebrochen. In Oberbayern und Unterfranken könne sie mangels einer ausreichenden Zahl an Unterschriften nicht einmal zur Wahl antreten. Herrmann sprach sich dennoch für ein NPD-Verbot aus:

„Ein Verbot der NPD bleibt notwendig; auch wenn ein Parteiverbot nur ein Baustein in der effektiven Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen sein kann.“

Unverändert bedrohen nach den Worten Herrmanns der Islamismus und der islamistische Terrorismus unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Besonders beschäftigen den Verfassungsschutz Islamisten aus Deutschland, die in Richtung von Konfliktzonen islamisch geprägter Staaten wie zum Beispiel Syrien ausgewandert sind, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen. Heimkehrende Islamisten standen dort möglicherweise in Kontakt mit islamistisch-jihadistischen Organisationen, radikalisierten sich oder haben eine militärische Ausbildung durchlaufen. Sie wurden eventuell im Bombenbau geschult oder in ähnlichen Techniken unterwiesen. Die Rückkehrer könnten dann gezielt für Anschlagpläne in Deutschland oder Europa instrumentalisiert werden. Derzeit liegen Erkenntnisse zu mehr als 120 Islamisten aus Deutschland vor, die mutmaßlich in Richtung Syrien ausgewandert sind.

Wachsam müsse man auch beim Zustrom von Asylbewerbern aus Tschetschenien sein. Herrmann: „Denn unter ihnen können sich auch radikale Islamisten befinden, die nur unter dem Deckmantel des Asylrechts nach Deutschland einreisen. Es wäre völlig naiv, diese Möglichkeit zu ignorieren“, sagte Herrmann. „Wir müssen natürlich auch bei Asylbewerbern genau hinsehen, wer hier zu uns kommt. Besonders stellen wir fest, dass tschetschenische Islamisten verstärkt Kontakt in die salafistische Szene suchen. Das müssen wir aufmerksam beobachten. Denn der Salafismus ist die am schnellsten wachsende islamistische Bewegung und ideologischer Nährboden für islamistische Terroristen.“

Im Bereich des Linksextremismus stellt der Verfassungsschutz in der letzten Zeit eine Häufung von Brandstiftungsdelikten fest, bei denen von einer linksextremistischen Motivation auszugehen ist. Nach der Berufung von Hubertus Andrä zum Polizeipräsidenten der Landeshauptstadt München hat Herrmann den Präsidenten des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Burkhard Körner, mit Wirkung zum 1. August kommissarisch mit der Leitung der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium betraut. Die Leitung des Landesamtes für Verfassungsschutz obliegt derzeit dem bisherigen Vizepräsidenten Franz Gruber.

Sicherheit im Fußball - Malchow: Polizei setzt auf verstärkte Absprachen aller Verantwortlichen

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt die engere Zusammenarbeit mit dem Deutschen Fußballbund (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL), um noch mehr Sicherheit in den Stadien und im Umfeld zu gewährleisten. Nach zum Teil massiven Ausschreitungen einiger unbelehrbarer Gruppen in der vergangenen Spielzeit seien sich DFB, DFL und Polizei einig, durch verstärkte Absprachen mit den polizeilichen Einsatzleitungen und den friedlichen Fans vor allem vor Risikospielen den zumeist jugendlichen Gewalttätern frühzeitig und sehr deutlich die Spielräume und Grenzen aufzuzeigen, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow in Berlin.

Er betonte: „Nach dem deutlichen Anstieg der Einsatzzeiten von Polizistinnen und Polizisten im Zusammenhang mit Fußballspielen in den vergangenen Jahren sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Deshalb muss bereits im Vorfeld alles getan werden, um gewaltbereite Anhänger durch präventive Maßnahmen kalt zu stellen und somit Krawalle auf den Rän-



Foto: CFalk - pixelio.de

Sicherheit im Fußball - Malchow: Polizei setzt auf verstärkte Absprachen aller Verantwortlichen

gen und nach Spielschluss zu unterbinden.“ Es gehe zudem um ein konsequentes Vorgehen der Fußballvereine gegen identifizierte Randalierer und dem Aussprechen von Stadionverboten.

Der GdP-Chef traf sich kürzlich in Frankfurt am Main mit dem DFB-Generalsekretär Helmut Sandrock und dem DFL-Geschäftsführer Andreas Rettig. An dem Gespräch nahmen auch der DFB-Sicherheitsbeauftragte Hendrik Große-Lefert und der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek teil.

Nach den Worten Malchows verfolgen DFB, DFL und GdP an jedem Fußball-Wochenende das gleiche Interesse: Spieltage mit tollen Emotionen, kreativer Unterstützung und spannender Unterhaltung in friedlicher Atmosphäre sowie eine gewaltfreie An- und Abreise der Anhänger, auch in den Zügen der Deutschen Bahn und des öffentlichen Nahverkehrs. Dazu sei eine abgestimmte Kooperation mit allen Verantwortlichen notwendig, im Sinne der übergroßen Zahl der friedlichen Fußballfans, so der GdP-Bundesvorsitzende.

„DG Krumbach“ - ...manches vergeht nie!

Auch nach der Reform bewahren die alten DGler ihre Tradition und Kameradschaft. Einmal im Jahr lebt die DG Krumbach, das alte „Schlachtschiff“, auf Rehmahdsmoos im Gunzesrieder Tal wieder auf. Am 05. und 06. Juli 2013 fand diese einmalige „Hütten-sitzung“ zum 21. Male in unseren geliebten Allgäuer Bergen statt.

Unser Hüttenwirt und Ehrenvorsitzender der KG Unterallgäu, Gerd Hörger, hieß die alte Crew wieder willkommen. Chefkoch Zimbo zauberte wie immer ein Drei-Gänge-Gourmetgericht vom Feinsten und auch das Schnarchkonzert war wieder einmal erste Sahne. Bis spät in die Nacht wurden die alten und neuen Geschichten mit und um unsere GdP mit Leben erfüllt. Ich sage einfach Allen ein herzliches Dankeschön. Was wäre unsere GdP ohne solche Freunde. Manches vergeht eben nie - und es ist gut so!



GdP-Beachvolleyballturniere in ganz Bayern

Main-Spessart: Lohr souveräner Sieger ohne Spiel- und Satzverlust



Bei idealem Sportlerwetter, ca. 20 Grad Lufttemperatur, spielten die Polizisten des Kreises Main Spessart im Freibad Zellingen um den Titel des Kreismeisters im Beachvolleyball. Die Polizisten aus Lohr gewannen souverän, ohne Spiel- und Satzverlust den „Signal-Iduna-Wanderpokal“. Die weiteren Plät-

ze belegten die Spielgemeinschaft der PSt Gemünden vor Karlstadt und Marktheidenfeld.

Bei der Siegerehrung bedankte sich der Dienststellenleiter Thomas Miebach bei Bernhard Klodt für die perfekte Organisation und die gute Unterstützung durch Winfried Gehrig. Bei der Übergabe des Pokals an die Gewinner aus Lohr unterstrich Miebach, dass derartige dienstsportliche Aktivitäten nicht nur der körperlichen Fitness dienen, sondern in hohem Maße auch den Teamgeist und das Wirgefühls innerhalb des

Polizeiverbandes stärken.

Die beiden Gewerkschaften GdP und DPoIG überraschten die abgekämpften Akteure mit einem Essensgutschein in Höhe von 5.- Euro, der bei einem gemeinsamen Mittagessen im Freibad eingelöst wurde.

GdP-Beachvolleyballturniere in ganz Bayern

Plattling: GdP-Kreisgruppe Passau gewinnt Turnier

Bei brütender Hitze trafen sich am 19.07.2013 über 60 Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums Niederbayern und des Polizeiverwaltungsamtes Straubing auf der Beachvolleyballanlage des TSV Plattling. 11 Mannschaften von verschiedenen Dienststellen ermittelten den diesjährigen Meister. Den dritten Platz belegte die Mannschaft des Polizeipräsidiums Niederbayern, der u. a. der Polizeivizepräsident Herr Anton Scherl angehörte.

In einem hochklassigen Duell wurde der Vorjahressieger, die Mannschaft der Kriminalpolizei Landshut, vom neuen Sieger, der GdP Kreisgruppe Passau, geschlagen. Der GdP Kreis- und Bezirksgruppenvorsitzende Andreas Holzhausen dankte allen Beteiligten, insbesondere seinen fleißigen Helfern und der Turnierleitung Herrn Dieter Bohatschek. Bei einem geselligen Abend an der Cocktailbar wurde noch einmal so mancher Ballwechsel in Erinnerung gerufen.



Fürstenfeldbruck: Dienstsport bei tropischen Temperaturen - GdP sponsert Volleyballturnier

Am 17.07.2013 fand auf dem Gelände der VI. BPA in Dachau, im Rahmen des Dienstsportes, das sechste Amper-Beach-Volleyballturnier, das durch die PI Gröbenzell organisiert wurde, statt. Bei herrlichem Sonnenschein und tropischen Temperaturen beteiligten sich in diesem Jahr wieder insgesamt 10 Mannschaften von den Polizeiinspektionen der ehemaligen Polizeidirektion Fürstenfeldbruck am

Turnier. Wie in den Vorjahren wurde in Quattro-Mixed-Teams, bestehend aus vier Spielern gespielt. Dabei muss nach den Spielregeln des Deutschen Volleyballverbandes immer eine Frau mit auf dem Platz sein. Für kalte und warme Getränke, sowie kleine Snacks für die Teilnehmer und Zuschauer, war gesorgt.

Im Endspiel, nach ca. 6 Stunden, setzte sich die Mannschaft der PI-Germering 2 gegen die SpielerInnen der VPI-Fürstenfeldbruck 1 in knapp drei Sätzen durch. Die anschließende Siegerehrung wurde im griechischen Lokal Kipos in Gröbenried, im dortigen Biergarten vom Leiter der PI Gröbenzell, EPHK Pangerl, vorgenommen, wobei den ersten drei platzierten Mannschaften neben einer Urkunde auch ein Pokal überreicht wurde. Wie jedes Jahr wurde das Volleyballturnier vom GdP-Kreisverband Fürstenfeldbruck gesponsert.



Mittelfranken: ICE aus Treuchlingen war nicht zu stoppen

Bereits zum vierten Mal richtete die Gewerkschaft der Polizei mit Unterstützung der Burgoberbacher Fa. Nürminger Handwerk & Design ein Beachvolleyballturnier für die mittelfränkischen Polizeidienststellen am Brombachsee aus. Nach spannenden Spielen sicherte sich das Viererteam „ICE Truhtilo Alemannia“ von der Polizeiinspektion Treuchlingen den Wanderpokal.

Wenn die GdP zum „Beachen“ einlädt ist Kaiserwetter! So auch in diesem Jahr, so dass sich die Organisatoren Herbert Kern und Helmut Frey über die Rekordbeteiligung von 22 Mannschaften und einen reibungslosen Verlauf freuen konnten. Teams mit so klangvollen Namen wie „Karpfenfreser“, „Beachbottles“, „Fine Rip Boys“ oder „Not und Elend United“ pritschten und baggerten, dass es eine Augenweide war. Die mehr als 100 Ordnungshüter zeigten ihren mitgereisten Fans und Dienststellenleitern ihre Fitness und ihr Durchhaltevermögen.

Nach mehr als acht Stunden konnten die stellvertretende Leiterin des Abschnitts West, Polizeioberrätin Martina Sebald, und der Sportbeauftragte des Präsidiums, Polizeidirektor Markus Rösl, die Siegerehrung vornehmen. Beide betonten die Wichtigkeit der außerdienstlichen Veranstaltung für die Fitness und den Teamgeist der Beteiligten.



WOHNTRÄUME ERFÜLLEN MIT UNSEREM



BAUSPAR-PARTNER

Für alle Immobilienbesitzer und die, die es noch werden wollen: Baut auf den Testsieger – SIGNAL IDUNA Bauspar AG!

Unabhängig davon, ob Ihr neu bauen, kaufen oder umschulden möchtet, mit einem **FREIraum-Bausparvertrag** legt Ihr den Grundstein für Eure eigenen vier Wände. Wann und wie Ihr den Bausparvertrag nutzt, entscheidet Ihr. Und übrigens: Sparer unter 25 können den Bausparvertrag völlig frei verwenden. Gern beraten wir Euch, einfach das Formular auf der nächsten Seite ausfüllen!

Eure Vorteile:

- keine Kontoführungsgebühr
- keine Darlehensgebühr
- Guthabenverzinsung 1%
- Zinsbonus 250% auf angesparte Zinsen
- Darlehenshöhe bis zu 70% der Bausparsumme
- nur 1% Zins- und Tilgungsrate vom Anfangsdarlehen
- jederzeit kostenfreier Variantenwechsel möglich

www.gdpservicegmbh.de

SIGNAL IDUNA GRUPPE

Walter Makula

Direktionsbevollmächtigter Öffentlicher Dienst

Landesdirektion Süd · Sonnenstraße 23 · 80331 München
Telefon 0 89 – 55 14 42 79 · Fax 0 89 – 55 14 42 51
Mobil 01 71 – 6 55 12 67 · walter.makula@signal-iduna.de



KONTAKTFORMULAR GdP-MITGLIEDER



Bitte ausgefüllt faxen oder einscannen und mailen
Fax 0 89 – 57 83 88 21 oder info@gdp-service.de

Gut gewählt: FREiraum-Bausparvertrag. Eure Vorteile auf einen Blick:

- keine Kontoführungsgebühr • keine Darlehensgebühr • Guthabenverzinsung 1 %
- Zinsbonus 250 % auf angesparte Zinsen • Darlehenshöhe bis zu 70 % der Bausparsumme
- nur 1 % Zins- und Tilgungsrate vom Anfangsdarlehen • jederzeit kostenfreier Variantenwechsel möglich

Bitte nur Druckbuchstaben verwenden!

Ich interessiere mich für ein Angebot der **SIGNAL IDUNA BAUSPARKASSE**
zum **FREiraum-Bausparvertrag** und bitte daher um Kontaktaufnahme.

Telefon

E-Mail

Persönlicher Besuch

Name

Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Ich bin bereits bei der SIGNAL IDUNA versichert.

Ja, ich bin damit einverstanden, dass Sie mich zwecks Angebotserstellung zum FREiraum-Bausparvertrag telefonisch, per E-Mail oder persönlich kontaktieren.

Datum, Unterschrift

GdP Service GmbH

Hansastraße 17 · 80686 München
Telefon 0 89 – 57 83 88 20 · Fax 0 89 – 57 83 88 21
info@gdp-service.de · www.gdp-service.de



GdP Service GmbH